

# Weihnachtsmärkte unter Druck: Warum die DACH-Region ihre Sicherheit endlich ernst nehmen muss

Der Advent war in Mitteleuropa lange eine der ruhigsten Zeiten des Jahres: Glühwein, Kerzen, handgeschnitzte Krippen und der Duft von gebrannten Mandeln – Symbole eines Kulturraums, der seit Jahrhunderten von christlichen Traditionen lebt. Doch die vertraute Idylle zeigt heute Risse. Wer dieser Tage über einen Weihnachtsmarkt in Deutschland, Österreich oder der Schweiz geht, merkt schnell: Lichterglanz und Romantik stehen inzwischen unter Polizeischutz.

Die Sicherheitslage hat sich seit 2014 spürbar verändert. Auslöser war eine Migrationspolitik, die Europa in Rekordzeit umgestaltet hat und deren Risiken viel zu lange ignoriert wurden. Mit der völlig unkontrollierten Aufnahme kulturfremder Gruppen veränderten sich auch die sicherheitsrelevanten Herausforderungen. Behörden mussten sich an eine neue Realität gewöhnen: Radikalisierung, Parallelstrukturen und religiös motivierte Gewalt, wie sie zuvor in diesem Ausmaß nicht Teil unserer Innenpolitik waren.

Der Wendepunkt kam 2016 – ein Jahr, das sich in das kollektive Gedächtnis eingebrannt hat. Der islamistisch motivierte Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz kostete 13 Menschen das Leben und verletzte Dutzende. Ein Lastwagen, gezielt auf einen Weihnachtsmarkt gelenkt – ein Angriff auf einen Kern europäischer Kultur. Auch Würzburg und Ansbach 2016 sowie der Terroranschlag in Wien 2020 zeigten, wie sich Gefährder ohne Vorwarnung radikalisieren und losschlagen konnten.

Auffällig ist dabei eines: Diese Taten waren keine Ausbrüche frustrierter Einheimischer, keine Übergriffe eines „Kai“ oder „Uwe“. Es handelte sich überwiegend um Täter, die Ideologien mitbrachten, die mit unseren Grundlagen unvereinbar sind – getragen von einem Weltbild, das westliche Freiheit und christliche Traditionen nicht nur ablehnt, sondern aktiv bekämpft.

Trotzdem reagierte die Politik häufig beschwichtigend. Während an den Märkten Betonpoller aufgestellt wurden, diskutierte man öffentlich lieber über „Einzelfälle“. Doch die Sicherheitsdienste weisen seit Jahren auf ein strukturelles Problem hin: eine Mischung aus integrationspolitischem Versagen und der Präsenz extremistischer Strömungen, die unsere Feiertage und öffentlichen Räume gezielt ins Visier nehmen.

Gleichzeitig wächst der gesellschaftliche Druck. Immer häufiger stehen christliche Symbole zur Debatte – Krippen in Schulen, traditionelle Weihnachtsfeiern oder sogar der Begriff „Weihnachtsmarkt“. Nicht, weil unsere eigene Bevölkerung plötzlich etwas gegen ihre Feste hätte, sondern weil Konflikte mit neu importierten Empfindlichkeiten gerne durch Rückzug entschärft werden sollen. Am Ende verliert jedoch nur eine Seite: unsere eigene.

Wer in der DACH-Region lebt, hat ein Recht darauf, dass seine Kultur nicht relativiert wird. Unsere Traditionen sind kein störender Ballast, sondern das Fundament dieses Raumes. Und sie sind nicht verhandelbar. Wer hier lebt, darf mitfeiern – aber nicht verlangen, dass wir uns verbiegen.

Weihnachten bleibt ein Ankerpunkt unserer Identität. Und genau deshalb braucht es eine Sicherheitsarchitektur, die Probleme beim Namen nennt, Gefährder konsequent entfernt und jene schützt, die diese Gesellschaft tragen. Offene Plätze, Lichter, Krippen und gemeinschaftliche Feste sind nicht nur Folklore. Sie sind Ausdruck unserer Freiheit. Und diese Freiheit verteidigen wir – notfalls mit Betonpollern und bewaffneten Beamten, solange die Bedrohungslage es erfordert.

Eines ist klar: Wir geben Weihnachten nicht auf. Nicht jetzt, nicht später, nicht für niemanden.